

einungen
 id Informationen
 is dem
 vangelischen
 rbeitskreis
 er CDU/CSU

April 1972

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1972

Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung

Gedanken zur 17. Bundestagung
 des Evangelischen Arbeitskreises
 der CDU/CSU

Peter Egen

Pforzheim – eine Stadt, die ein wenig von der großen Nord-Süd-Schiene entfernt liegt – an der man leicht vorbeifährt und von der Gerhard Schröder in seiner Pressekonferenz freimütig erklärte, „hier noch nie einen Vortrag gehalten zu haben“, war vom 10. bis 12. März 1972 Tagungsort der 17. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Mehr als 600 Unionsprotestanten – verstärkt durch katholische Unionsfreunde – die, oft zum wiederholten Male, an den Veranstaltungen dieses Arbeitskreises teilnahmen, diskutierten das Leitthema „Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung“.

Aufbruch mit Hermann Ehlers

Fast auf den Tag fiel diese Pforzheimer Veranstaltung mit der 20. Wiederkehr des Gründungstages des EAK zusammen. Und sicherlich war es ein besonderes Wagnis, das im März 1952 der damalige Bundestagspräsident und frühere Oberkirchenrat aus Oldenburg, Dr. D. Hermann Ehlers, auf sich nahm, als er zur Sammlung der Protestanten in der Union aufrief. Aber Ehlers hatte erkannt, daß der Bestand der Union nur dann von Dauer sein konnte, wenn die Verschmelzung von Christen beider Konfessionen in der harten

Aus dem Inhalt

Fortschritt – Wagnis aus Verantwortung	1
17. EAK-Bundestagung Aus den Tagungsergebnissen	4
Pforzheimer Thesen	5
Neuer EAK-Vorstand	6
Leserbriefe	9
Aus den Tagungsprogrammen der Evangelischen Akademien	12
Evangelischer Kirchentag	12

politischen Alltagsarbeit gelang. Für ihn ging es vor 20 Jahren darum, „in einer sehr schweren und scheinbar aussichtslosen Situation, diejenigen, die bereit sind, sich in ihrem Leben, im Staat, in Volk und Gemeinde an ihr Christsein erinnern zu lassen, so zusammenbringen, daß sie gemeinsam etwas darstellen und eine Durchschlagskraft bekommen, auch im politischen Raum, auch in der Öffentlichkeit“. Als man sich am 14. März 1952 in Siegen traf, um die Gründung vorzunehmen, geschah dies auch mit Willen und Unterstützung Konrad Adenauers, der dann auch durch seine Anwesenheit in Siegen bekundete, welche Bedeutung er dieser evangelischen Sammlungsbewegung für die Union beimaß. Zwischen Siegen und Pforzheim liegen 20 Jahre deutscher Nach-

kriegsgeschichte — eine Zeit, die politisch überwiegend von der geistigen Kraft der CDU/CSU gestaltet wurde. Als Hermann Ehlers, der erste Vorsitzende des Arbeitskreises, im Oktober 1954 verstarb, folgte ihm im Bereich des EAK Robert Tillmanns als Vorsitzender.

Weiter mit Gerhard Schröder

Seit 1955 steht Gerhard Schröder an der Spitze der Unionsprotestanten und am 10. März 1972 erhielt er in Pforzheim bei den Wahlen zum Bundesvorstand erneut das einstimmige Vertrauensvotum der Delegierten aus den Landesarbeitskreisen.

Sicherlich hat sich im konfessionellen Bereich in den vergangenen 20 Jahren vieles säkularisiert — wurde mancher konfessionelle Streit begraben und das Schlagwort der „Entkonfessionalisierung“ machte die Runde. Stimmt dann also die Schlußfolgerung, daß der Evangelische Arbeitskreis heute ein überflüssiges Gremium sei? Nun, Dr. Konrad Kraske, Generalsekretär der CDU, ging in seinem Grußwort hierauf ein; er erklärte, daß je mehr und selbstverständlicher der EAK seine ursprüngliche Aufgabe erfüllt habe, er desto mehr in eine ganz neue Position hineinwache — nämlich die Grundpositionen der CDU im ganzen zu überdenken, zu diskutieren und zu formulieren.

Theologisches Abendgespräch

Um eine dieser Grundpositionen — allerdings weniger im politischen als vielmehr im theologischen Bereich — ging es bereits am Vor-

abend des offiziellen Tagungsbeginns bei einem Gespräch zu dem Thema „Fortschritt und Reich Gottes“, dessen hervorstechendes äußeres Merkmal die starke Beteiligung evangelischer Geistlicher unter den Zuhörern darstellte. Die Vielschichtigkeit des Themenbereiches wurde bereits durch die Diskussionspartner vorgezeichnet: Der Gesprächsleiter, ein Jurist, flankiert von dem alten und dem neuen Generalsekretär der CDU, dazwischen zwei Geistliche aus Baden-Württemberg, neben ihnen ein Journalist der evangelischen Kirchenpresse und eine Bundestagsabgeordnete. Mit diesem Gespräch wurden Akzente gesetzt für die Diskussionen des folgenden Tages. Hier wie dort ging es um die Frage, was wir als Christen unter dem Fortschritt verstehen und ob nicht das Reich Gottes des Neuen Testaments etwas qualitativ ganz anderes ist als der — quantitativ — am besten erreichbare Zustand auf Erden. Und auch Gollwitzer wurde zitiert mit dem Satz, daß die Geschichte vom Menschen her eine Unheilsgeschichte und nur von Gott her, durch Gottes Eingreifen, eine Heilsgeschichte sei.

Zurück blieb nach diesem Abendgespräch bei vielen Teilnehmern der Eindruck, daß das Niveau des Abends mehr dem göttlichen als dem weltlichen Anspruch genügte und provozierende Thesen im geistig-geistlichen Bereich nicht zum Tragen kamen. Vielleicht war das Thema zu anspruchsvoll, vielleicht fehlte die theologische Verbindung zum Dasein auf dieser Erde. Alles in allem aber: es war ein gutes Gespräch mit vielen wertvollen Ansätzen, dem nur gelegentlich die gegenwartsbezogene, gesellschaftspolitische Bezugsgröße fehlte.

Perspektiven des Fortschritts

In zwei Hauptvorträgen setzten sich vor dem Plenum Professorin Dr. rer. nat. Margot Becke und Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg mit dem „Fortschritt“ auseinander. Während Professorin Becke ihren Schwerpunkt auf die naturwissenschaftliche Entwicklung legte und Gefahren sowie Segnun-

gen dieses Fortschritts aufzeigte — untersuchte Gerhard Stoltenberg die gesellschaftspolitischen Chancen des Fortschritts für den Menschen. Dabei forderte er die Wiederherstellung der verlorengegangenen Übereinstimmung der Ziele und Mittel, um politische Reformen in der Bundesrepublik verwirklichen zu können. Mit beiden Vorträgen wurden wesentliche Impulse und Ideen für die am Nachmittag tagenden Arbeitskreise vermittelt.

Niveauvolle Arbeitskreise

Als sich dann mehr als 450 Tagungsteilnehmer zu den Arbeitskreissitzungen im Reuchlinhaus versammelten, wurde die Atmosphäre in den Arbeitskreisen nicht nur durch die architektonisch gelun-

Dank an Ehlers und Tillmanns

„Lassen Sie mich zweier Männer gedenken und ihnen danken, von denen auf dieser 17. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU immer wieder die Rede gewesen ist: Ich meine Hermann Ehlers, unter dessen Leitung vor fast genau 20 Jahren unser Arbeitskreis gegründet worden ist, und ich meine Robert Tillmanns, der nach Ehlers viel zu frühem Tode bis 1955 als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises wirkte. Im Geist dieser Männer, die den Evangelischen Arbeitskreis in seinen Anfangsjahren geprägt haben, sind wir seitdem einen langen Weg gegangen und haben politisch erfolgreich weitergearbeitet.

Wir werden dies auch in Zukunft so halten. Wir werden weiter unseren Beitrag dazu leisten, daß die CDU und die CSU die richtige Antwort auf die Fragen finden, die heute und morgen an uns gerichtet sind.“

(Dr. Gerhard Schröder auf der 17. Bundestagung in Pforzheim)

gene Gestaltung der Räumlichkeiten, sondern auch durch die Menschen geprägt, die hier zusammengekommen waren. Mit Ernst und Sachlichkeit, in Verantwortung und Aufgeschlossenheit gegenüber den Argumenten des anderen wurde

teils in fast calvinistisch anmutender Strenge, teils aber auch in jener Fröhlichkeit gearbeitet, deren ein Christ auch in der Politik nicht verlustig gehen sollte. In den insgesamt vier Arbeitskreisen war genügend Zeit, um konkrete Aussagen zu den Problemen der „Umwelt von morgen“, zu den Fragen von „Freiheit und Planung“ zu treffen oder um nach der „Zukunft der Diakonie“ zu fragen und den „Einfluß der Frau auf die Gestaltung der Gesellschaft von morgen“ zu analysieren.

Immer wieder stand dabei die Frage im Vordergrund, wie die Segnungen des Fortschritts abgegrenzt werden können zu den Gefahren, die er auf vielen Gebieten für unsere Gesellschaft mit sich bringt. Dieses Spannungsverhältnis in den verschiedenen Teilbereichen zu untersuchen, die Fragen nach den Grenzfällen, nach Macht und Ohnmacht des Bürgers der Technik gegenüber, das war es, was zur lebhaften Auseinandersetzung herausforderte.

Die in den Arbeitskreisen vortragenen Referate, die Diskussionsbeiträge der Zuhörer – sie alle trugen zur Verstärkung des geistigen Fundamentes bei, ohne dessen Besitz eine Stellungnahme gerade zu den aktuellen Geschehnissen der Tagespolitik nur Fragment sein kann. Die Reflexion des in Pforzheim Gehörten und Erlebten wird fruchtbar werden bei der Arbeit an der Basis. Unter diesem Aspekt muß auch die Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises der Union gesehen werden – seine Ausstrahlungskraft in den vorpolitischen Raum ist zu verstärken – dazu bieten seine Tagungen eine hervorragende Möglichkeit.

Öffentliche Schlußveranstaltung

Zu dieser Wirkung nach außen trug auch die öffentliche Schlußveranstaltung des Arbeitskreises bei. Fast 3000 Menschen waren zusammengekommen, um die Spitzenpolitiker der Union zu erleben. Zu Beginn dieser Kundgebung verkündete Kultusminister Prof. Hahn die Ergebnisse der Diskussionen innerhalb des Evangelischen Ar-

beitskreises während der letzten Wochen und Monate in vier – den sogenannten – „Pforzheimer Thesen“.

Im Anschluß hieran begeisterte Rainer Barzel mit einer Rede, die Elan und Dynamik, klare Konturen und die Verantwortungsbereitschaft zeigte, schon morgen wieder in Bonn mit der Union die Richtlinien unserer Politik zu bestimmen. Um Vertrauen und Leistung ging es auch in dem Appell von Hans Filbinger, der auf die Bedeutung der Entscheidung am 23. April 1972 für sein Land und darüber hinaus auch für unsere Union hinwies.

Verträge vertiefen Spaltung

„... darum möchte ich hier noch einmal betonen, daß uns hinsichtlich der Ostverträge nicht das Ziel von der Bundesregierung trennt, wenn man darunter versteht:

- Festhalten am Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen;
- friedliche Beziehungen, Verständigung, Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ganz Osteuropa;
- Verzicht auf Gewalt und Androhung von Gewalt.

Wir lehnen jedoch den Weg ab, auf dem die Bundesregierung dieses Ziel zu erreichen meint, weil wir ihn für äußerst risikobeladen und gefährlich halten. Die Verträge, welche diesen Weg kennzeichnen, sind in Leistung und Gegenleistung nicht ausgewogen, und zwar zu Ungunsten Deutschlands. Sie werden von den östlichen Vertragspartnern gegen die deutschen Interessen ausgelegt und verwendet, und darin kommt bereits im bisherigen Ablauf ein offener Dissens zwischen den Vertragspartnern zum Ausdruck. Durch diese Verträge wird daher, so muß ich fürchten, die Teilung Deutschlands vertieft, wird langfristig der westliche Zusammenhalt gelockert und damit unsere Sicherheit gefährdet; gleichzeitig droht der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft eine ernste Beeinträchtigung.“

(Dr. Gerhard Schröder auf der 17. Bundestagung in Pforzheim)

Kai Uwe von Hassel und Gerhard Schröder warnten vor einer verstärkten Zunahme des Radikalismus von links und rechts und forderten die Zuhörer zum verstärk-

ten Engagement für diesen Staat auf. Schröder verwies besonders darauf, daß die Entscheidung über die Ostverträge eine innerdeutsche Angelegenheit sei, die nur dem deutschen Parlament zustehen könne.

Zum Schluß seiner Ausführungen faßte Gerhard Schröder noch einmal kurz zusammen, was heute für uns alle erforderlich sei: Klare Sicht, Standfestigkeit und Mut.

Spezifischer Beitrag

Mit der Pforzheimer Tagung stellte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU erneut sein Selbstverständnis heraus.

Der Evangelische Arbeitskreis erlebte einen seiner Höhepunkte – aus dem Aufbruch der Protestanten in Siegen hat sich eine geistige Gruppierung ergeben, die ihren spezifischen Beitrag in die Union einbringt. Kein Streben nach Macht – kein Ruf nach Reglementierung – sondern humane Mitverantwortlichkeit – eingebettet in die persönliche Schaffenskraft eines jeden einzelnen – das war es, was den Besuch dieser Tagung lohnend und das Engagement ihrer Teilnehmer wertvoll machte.

Waldemar Wünsche stellte zusammen und kommentiert aus der Vielzahl der Pforzheimer Ergebnisse einige, die ihm besonders bedeutsam erscheinen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Raumes auch nur annähernd alle wesentlichen Aussagen wiederzugeben, die in bezug auf das Gesamtthema in Referaten und Diskussionsbeiträgen in Pforzheim vorgetragen wurden. Es ist vorgesehen, den Wortlaut der Referate und die Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitskreise in Form einer Broschüre zu veröffentlichen. Hier müssen wir uns auf eine Auswahl beschränken. Wir bringen:

1. die vier „Pforzheimer Thesen“, die das Ergebnis der Tagung sehr komprimiert darstellen und als Grundsatzaussage zu werten sind.

2. den Schlußabsatz aus dem Referat des Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg: „Fortschritt – Chance und Gefährdung des Menschen“. Seine Formulierungen haben nicht nur für das Thema der Tagung große Bedeutung. Sie scheinen uns darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag für die gesamte geistige Auseinandersetzung unserer Zeit zu bedeuten, die im Zusammenhang mit der Bedrohung durch den politischen Radikalismus vor sich geht. Dr. Stoltenberg gab in seinem Referat zunächst einen historischen Überblick zur Problematik seines Themas. Er wies dabei darauf hin, daß die Ambivalenz, die Zwiespältigkeit wissenschaftlich-technischen Fortschritts heute zunehmend von vielen Menschen als Risiko und Gefahr empfunden wird, daß die zunehmende Unrast, Unsicherheit und Erregbarkeit in unserer Gesellschaft trotz steigenden Wohlstandes zu der Neigung zur Verweigerung, zum bloßen Egoismus oder – vor allem – zur Hinwendung zu Ideologien führt, die den Anspruch erheben, praktikable Maßstäbe für die einfache Bewertung der verwirrenden Vielfalt zu liefern. Sie führt

aber auch zur leidenschaftlichen Ablehnung des Bestehenden, der Verfassungs- und Wirtschaftsordnung wie auch der internationalen politischen Situation eines prekären Gleichgewichts der Mächte. Hier werde ein fundamentaler Gegensatz in der Einschätzung der Möglichkeiten und Bedingungen menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritts sichtbar.

Nach einer fundierten kritischen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Ideologien formulierte Dr. Stoltenberg aus der Sicht eines Christen, der politische Verantwortung trägt, ganz konkret in vier kurzen Absätzen die Aufgaben, die sich uns für eine zukunftsbezogene Politik stellen.

Nur mit derartig klaren, realistischen, zusammenfassenden Darstellungen unserer Aufgaben – und Möglichkeiten – bei der Bewältigung der Zukunft können wir aber hoffen, die junge Generation gegen die illusionären Verlockungen des Radikalismus immun zu machen. Insofern scheinen uns die Thesen Dr. Stoltenbergs – auch wenn sie sicher im einzelnen noch ergänzt werden können und müssen, eine besonders wichtige Anregung darzustellen.

3. Ausschnitte von Äußerungen der Referenten des Arbeitskreises III – „Geplante Zukunft und Freiheit“, in denen in gleicher Weise wie im Referat Dr. Stoltenbergs wesentliche Impulse für die geistige Auseinandersetzung unserer Tage gegeben wurden. Die Referate und Diskussionen in den drei übrigen Arbeitskreisen – I: „Umwelt von morgen“; II: „Der Einfluß der Frau auf die Gestaltung der Gesellschaft von morgen“ und IV: „Die Zukunft der Diakonie“ – waren sicher für das Gesamtthema der Tagung und auch für die geistige Auseinandersetzung nicht weniger wichtig als die des Arbeitskreises III. Doch war ihr Beitrag weniger grundsätzlicher Art; es wurde im wesentlichen zu Einzelfragen Stellung genommen. Wir beschränken uns daher – schon aus Raumgründen – hier auf den Arbeitskreis III.

Arbeitskreis III:

Der Inhalt der Zielvorstellung „Freiheit“ bestimmt sehr weitgehend die Antwort auf die Frage, ob man sie planen, und wenn ja, in welcher Weise und in welchem Maße dies geschehen kann. Wir sind in der Gefahr, Planung größtenteils über- oder unterzubewerten. Ja, wir sind in der Gefahr, unseren Freiheitsbegriff als naturgegeben anzusehen, also nicht mehr durch Planung und zweckbestimmtes Handeln zu stützen und seine Verwirklichung zu gestalten. Es gibt nicht wenige, die Planung als Erfindung der ideologischen Strömungen ansehen, welche der Freiheit einen anderen Inhalt geben und deshalb die Gesellschaft und den Staat von heute umwandeln wollen. Es gibt ebenso nicht wenige, die Planung besonders im volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bereich sofort

Über die Verantwortung des einzelnen

„Das Gedeihen der Demokratie setzt die verantwortlich denkende und handelnde Einzelpersonlichkeit voraus. Hier markiert sich der Unterschied zwischen uns, der CDU/CSU, und den Sozialisten. In der CDU/CSU haben konservative, fortschrittliche und liberale Kräfte eine praktische Verbindung gefunden. Sie steht und tritt ein für die freie Entfaltung des einzelnen, für Freiheit und Verantwortung. Die sozialistischen Kräfte, dies hat der SPD-Parteitag vom Dezember 1971 in Bad Godesberg klar gezeigt – stellen den kollektiven Gedanken voran. Sozialistischer Fortschritt, so sage ich, ist kein Fortschritt, denn er dient nicht der Freiheit.“

(Dr. Gerhard Schröder auf der 17. Bundestagung in Pforzheim)

mit dem System kommunistischer zentraler Wissenschaftsplanung oder auch mit der dirigistischen französischen Wirtschaftsplanung – der „planification“ – in Verbindung bringen. Ich meine, daß wir uns den Luxus nicht erlauben können, darauf zu verzichten, selbst alternative Wege zur Erreichung unserer Ziele durchzuplanen, d. h. durchzurechnen und so gesicherte Voraussetzungen für Entschei-

PFORZHEIMER THESEN

Besondere Beachtung in der Öffentlichkeit fanden die zum Abschluß der 17. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 12. März 1972 verkündeten „Pforzheimer Thesen“.

Diese Thesen wurden durch den Bundesvorstand des Arbeitskreises vorher verabschiedet und stellen eine Aussage zu den Grundlagen unseres politischen Wollens dar.

1.

Die Welt, in der wir in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts leben, ist in einem unaufhaltsamen, schnellen Wandel begriffen. Wie nie zuvor ist es dem Menschen aufgegeben, durch Wissenschaft, Technik und Politik an der künftigen Gestalt des Lebens verantwortlich mitzuarbeiten. Gerade unser sozialer Rechtsstaat hat die Pflicht zur ständigen Reform. Die Einstellung zum Fortschritt ist in der heutigen Gesellschaft zwiespältig: Einem verwegenen Optimismus, der glaubt, eine vollkommene Gesellschaft mit idealen Lebensbedingungen zu schaffen, steht eine immer stärker aufkommende Angst gegenüber, daß die sich verändernde Welt zunehmend inhumane Züge annimmt und die Nebenwirkungen des Fortschritts die Voraussetzungen eines gesunden Lebens zerstören könnten.

2.

Der christliche Glaube hat der menschlichen Geschichte durch die Ausrichtung auf das Reich Gottes ein Ziel in der Zukunft gesetzt. Er hat dadurch die vom Fortschritt geprägte abendländische Geschichte ermöglicht, die unsere moderne Welt hervorgebracht hat. Dies verpflichtet uns als Christen, am Fortschritt und seiner Bewältigung mitzuwirken. Zugleich wissen wir, daß das Reich Gottes, aber auch eine vollkommene Gesellschaft, in der Geschichte nicht verwirklicht werden kann, weil es keine vollkommenen Menschen gibt und alle Lösungen vorläufig bleiben müssen. Dies bewahrt uns vor illusionären Zielen, aber auch vor deprimierenden Enttäuschungen. Es läßt uns auch die relativen Fortschritte aufgrund menschlicher Anstrengungen positiv werten und gegenüber utopischen Erwartungen kritisch bleiben.

3.

Deshalb fordern wir mutige aber realistische Planungen und Maßnahmen, die die historische und politische Situation und die begrenzten Möglichkeiten unserer Zeit ausschöpfen und ihnen Rechnung tragen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen um den Fortschritt muß die Erhaltung und Verbesserung der freien Entfaltung des Menschen, die Sicherung der geistigen und politischen Freiheit aller und das humane und soziale Miteinander in der Gesellschaft stehen.

4.

Wir lehnen die radikalen Utopien ab, die durch Akte der Revolution oder Gewalt eine angeblich fortschrittlichere Idealordnung in Gesellschaft und Staat erzwingen wollen. Wer den gesellschaftlichen Fortschritt will, muß den politischen Radikalismus konsequent bekämpfen. Opportunismus führt zum Verlust der Freiheit. Der notwendige Fortschritt kann nur in rationaler Besinnung und im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung erreicht werden.

dungen, für die Bewältigung von politischen, volkswirtschaftlichen, gesellschaftlichen Zielkonflikten zu schaffen.

In einer sich wandelnden, sich ändernden Welt müssen unsere Inhalte für den Freiheitsbegriff im philosophischen, politischen, staatlichen Sinne immer wieder der kritischen Würdigung unterzogen werden. Diese Untersuchungen müssen mit den heute zur Verfügung stehenden technischen, mathematischen Hilfsmitteln unternommen werden. Planung darf nicht den Inhalt der Freiheit, wie man sie als Zielvorstellung setzt, ersetzen und beseitigen. Planung muß und kann aber eine kritische Durchleuchtung und Stellungnahme im Kampf um den Inhalt der Freiheit ermöglichen und fördern.

(Dr. Hans-Georg Wieck, Bonn)

Planung ist an sich kein Gegenbegriff zu Freiheit, sondern, richtig verstanden, ein Instrument, um sie zu erhalten. Nur muß die freiheitsgerechte Planung sich an der Erprobung orientieren und ständig korrigierbar bleiben – wodurch sie von der ideologieabhängigen totalen Planung unterscheidbar wird...

Freiheit ist bereits die unabdingbare praktische Grundlage unserer Lebenswelt. Wir müssen sie nicht erst suchen und bei uns einführen, sondern nur ständig weiterentwickeln, reinigen und verteidigen. Wir leben bereits unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die sie ermöglichen. Es gilt nun, Freiheit als Lebensform so zu realisieren, daß alle in immer gerechterer, den speziellen Bedürfnissen immer besser angepaßter Form sich entfalten können. Freiheit ist ein Prinzip der permanenten Evolution, der ununterbrochenen Weiterentwicklung ihrer Verwirklichung.

Freiheit ist dort, wo die Weiterentwicklung eines pluralen Systems gefördert wird...

Kennzeichen der Freiheit ist also, daß sie keine Vorherrschaft einer intoleranten Ideologie dulden kann...

Menschen werden unfrei, wenn nicht ihre wirklichen Bedürfnisse, ihre komplexe seelische und materielle Realität einschließlich ihrer eigenen Glücksvorstellungen zum Ausgangspunkt aller Maßnahmen (der Systemsteuerung) genommen werden – also, wenn die Widersprüche der Realität zugunsten eines alleinherrschenden Prinzips unterdrückt werden. Menschen werden unfrei, wo totale Planung eingreift.

(Dr. Wanda v. Baeyer-Katte, Heidelberg)

Die Freiheit des einzelnen kann in einer Zukunft, in der Planung eine immer größere Rolle spielen wird, nur durch Beachtung von vier Prin-

Neuer EAK-Vorstand

Der Bundesarbeitskreis, bestehend aus den Delegierten der Landesarbeitskreise, wählte am 10. März 1972 in Pforzheim folgenden neuen EAK-Bundesvorstand:

Vorsitzender:

Dr. Gerhard Schröder, MdB, Bonn

Stellv. Vorsitzende:

Dr. Werner Dollinger, MdB,
Neustadt/Aisch

Kultusminister
Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL,
Stuttgart

Bundestagspräsident
Kai Uwe von Hassel, MdB, Bonn
Ministerpräsident

Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL, Kiel

Beisitzer:

Dr. Philipp von Bismarck, MdB,
Hannover

RA Arved Deringer, Stuttgart
Ingeborg Geisendörfer, MdB,
München

Dr. Konrad Kraske, MdB, Bonn
Gerd Langguth, Bonn
Albrecht Martin, MdL,
Bad Kreuznach

Inge Steimann, Hamm
Kurt Thürk, Saarbrücken
Friedrich Vogel, MdB, Warendorf

Dr. Hanna Walz, MdB, Fulda

Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker,
MdB, Bonn

Dr. Helga Wex, Mülheim

zipien gesichert werden: Herrschaft der Mehrheit; Kontrolle der von ihr bestellten Exekutive; Schutz der Minderheiten; Institutionalisierung der friedlichen Austragung von Meinungsverschiedenheiten. Diese Prinzipien sind weder mit einer ständestaatlichen Verfassung wie im Faschismus noch mit dem Führungsanspruch einer Klasse oder deren Elite, einer Partei, wie im Kommunismus vereinbar. Durch die von der neuen Linken als Garantie für die Beachtung der vier Prinzipien angebotenen Etablierung eines Rätessystems wird nicht nur der Schutz von Minderheiten der absoluten Herrschaft der Mehrheit unterworfen. Es würde auch in seiner idealtypischen (aber selbstverständlich nicht in seiner praktizierten) Form jeder Planung den Boden entziehen, weil diese an ein bestimmtes Maß administrativer Kontinuität gebunden ist, die das Rätessystem aus Furcht vor der Herrschaft des Menschen über den Menschen durch personelle Fluktuation verhindert.

Nur in der parlamentarischen Demokratie besteht die Möglichkeit, die vier Prinzipien mit einem bestimmten, für Planung unerläßlichen Maß an administrativer Kontinuität zu verbinden.

Die Parlamentarische Demokratie wird in einer geplanten Zukunft die Freiheit des einzelnen nicht gewährleisten können, wenn das Prinzip der Gewaltenteilung nicht modifiziert wird. Die Gewaltenteilung steht schon deshalb auf dem Papier, weil sich nicht mehr Legislative und Exekutive, sondern Kabinett und Regierungsfraktion einerseits und die parlamentarische Opposition andererseits gegenüberstehen.

Die Mitglieder der Regierungsfraktion müssen zudem im Sinne der Kontrolle der Administration stärker als bisher an der Arbeit des Kabinetts und der Ministerien beteiligt werden; die Mitglieder der Opposition müssen instandgesetzt werden, durch die Hinzuziehung von Experten und die Etablierung eines Apparates von Hilfskräften die Arbeit der Regierung wirksam zu kontrollieren.

(Ulrich Frank-Planitz, Stuttgart)

Geplante Zukunft in Freiheit ist nur möglich, wenn der totalitäre Charakter von Ideologien erkannt und überwunden wird. Konsequenz dar-

aus kann nur sein, eine Theorie einer offensiven Demokratie zu entwickeln, die in der Politik pragmatisches Handeln ermöglicht, eine Theorie, die ihre eigenen Grundlagen ständig überprüft und von daher offen ist für Neuerungen. Das Bildungssystem muß die Voraussetzungen schaffen für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit in Freizeit und Beruf und für eine verantwortliche Wahrnehmung und Ausübung bürgerlicher Rechte und Pflichten in Staat und Gesellschaft.

(Gerd Langguth, Bonn)

In einer total verplanten Zukunft gibt es keinen Raum mehr für politische Entscheidungen. In diesem Fall wäre die Aufstellung des Zukunftsprogrammes der letzte Akt der Freiheit. Andererseits ist Planung nicht nur für jedes Individuum, sondern auch für jedes Gemeinwesen unerlässlich, ein Beispiel aus dem kommunalen Bereich wie die notwendige Planung des Wohnungsbaues macht dies deutlich. Politik ist demnach Gestaltung der Gemeinschaft nach vorzuschreibenden, jederzeit an der Realität korrigierbaren Plänen. Entscheidend bei der Frage nach den Planungszielen ist das Leitbild, an dem sich alle Planung ausrichtet. Heute stehen sich zwei Leitbilder gegenüber: Zum einen das Bild des Menschen, der nur sich selbst verantwortlich ist, zum anderen der Mensch, der sich als verantwortliches und von Gott geschaffenes Wesen begreift. Planung sollte aus dem Nachdenken über die zehn Gebote heraus geschehen.

(Dr. Traugott Bender, MdL, Karlsruhe)

Wir sind auf dem Weg zur „registrierten Gesellschaft“, in der wir gezwungen sind, für eine ungewisse Zukunft zu planen. Für den einzelnen wird es immer schwieriger, dabei mitzuwirken, da der Entwicklungsprozeß immer undurchschaubarer wird. Wichtigstes Bollwerk gegen die Verplanung aller individuellen Freiheitsräume ist die Bejahung des Privateigentums und seine möglichst breite Streuung in allen Bevölkerungsschichten. Die Planer sind aufgefordert, Alternativpläne zu erstellen und nicht zu suggerieren, die der Planung

zugrundeliegenden Hypothesen seien die einzig möglichen. Wie weit es uns gelingt, die Freiheit des einzelnen zu sichern, hängt davon ab, ob wir die wirksame Kontrolle jeglicher Planung in den Griff bekommen.

(Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Mannheim)

Die Verankerung des Freiheitsbegriffs in dem christlichen Leitbild wurde von allen Teilnehmern bejaht. In der Diskussion stellte sich eine Zustimmung zur Planung als einem Hilfsmittel der Politik heraus. Entschieden abgelehnt wurde jedoch die Totalplanung, weil sie mit dem christlichen Prinzip der personalen Verantwortung nicht vereinbar ist. An die politischen Parteien ergeht die Aufforderung, angesichts der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel Prioritäten bei der Durchsetzung ihrer Wert- und Planvorstellungen zu setzen.

Der Arbeitskreis sieht eine der schwierigsten Probleme in der ausreichenden Koordinierung der ver-

schiedenen Planungsbereiche, die sich von der Raumordnung bis zum Verteidigungssektor erstrecken. Dabei sollten auch die internationalen Zusammenhänge in die Planungsarbeit miteinbezogen werden. Oberster Grundsatz muß bleiben, daß jede Planung nur der Sicherung, dem Ausbau und der Fortentwicklung von Freiheitsräumen für den einzelnen und für die Selbstverwaltungseinrichtungen dient. Der Arbeitskreis schlägt vor, in einer Arbeitsgruppe der CDU Leitbilder und Grundsätze für die Planung und die Planungssystematik zu erarbeiten, wobei die Grenzen und Möglichkeiten einer Kontrolle der Planung definiert werden sollten.

(Berichterstattung:

Dr. Renate Hellwig, Stuttgart)

Aufgaben zukunftsbezogener Politik

Die politische, wirtschaftliche und soziale Organisation von Staat und Gesellschaft kann weiterhin qualitativ verbessert werden. Durch politische Entscheidungen und individuelle Förderung sind die produktiven schöpferischen Kräfte der Menschen steigerungsfähig, genauso wie sie durch Unterdrückung oder Einengung verkümmern können.

Aber keine Sozialreform oder politische Revolution hebt die erwähnten anthropologischen Grunddaten und die aus ihnen erwachsenden menschlichen und sozialen Spannungen völlig auf.

Deswegen ist die neomarxistische Ideologisierung ein Irrweg, der heute viele Menschen von der eigentlichen Fragestellung und den konkreten Aufgaben unserer modernen Gegenwart wegführt. Sie beruhen in der Spannung zwischen der raschen Steigerung der Möglichkeiten des technischen Zeitalters einerseits und den politischen, sozialen und menschlichen Begrenzungen andererseits. Diese Diskrepanz zu vermindern und erträglich zu machen, ist eine zentrale Aufgabe zukunftsbezogener Politik. Den Schlüssel liefert jedoch nicht eine mechanische Fortschrittsideologie mit einer falschen Anthro-

pologie. Statt dessen stellen sich andere Aufgaben:

1. Der Grundsatz der Freiheit von Wissenschaft und Forschung muß mit den notwendigen Entscheidungen über Prioritäten unter ethischen Maßstäben und begründeten politischen Zielen in Übereinstimmung gebracht werden. Zumindest angewandte Forschung und technische Entwicklung erfordern heute so hohe Mittel, daß Parlamente, Regierung und fachkundige Öffentlichkeit eine wesentliche Mitverantwortung für die Auswahl und die Begründung der Schwerpunkte zu übernehmen haben. Aufbauend auf zweckfreie Grundlagenforschung muß immer wieder diskutiert und entschieden werden, welche Formen und Schwerpunkte der Anwendung konkreter reformerischer Ziele, der Verbesserung der Lebensverhältnisse, den persönlichen und sozialen Erfordernissen der Menschen besonders dienen und wo aus dem wissenschaftlichen Fortschritt soziale Gefahren erwachsen.

2. Die Bildungspolitik gewinnt angesichts des beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine Schlüsselrolle. Ihr Hauptziel muß die Steigerung sowohl der fachbezogenen Kenntnisse wie der allgemeinen Urteils- und Verantwortungsfähigkeit sein.

Nur durch immer qualifiziertere Aus- und Fortbildung, die Verbindung spezifischer beruflicher Fähigkeiten mit dem Urteilsvermögen in allgemeinen Fragen der Zeit kann die Differenz zwischen einer komplizierten technischen Umwelt und der menschlichen Einsicht und Gestaltungsfähigkeit vermindert werden. Der Anspruch auf Fortschrittlichkeit und der gleichzeitige Protest gegen die steigenden Anforderungen dieser komplexen Welt, den sogenannten „Leistungsdruck“, finden wir heute in den vorherrschenden Aussagen linker „progressiver“ Gruppen vereint. Sie

schließen jedoch einander aus. Wer an sich selbst nicht ständig größere Ansprüche richtet, wird in seiner Kritik und in seinen Forderungen an andere unglaubwürdig, schon deshalb, weil er nicht über die Qualifikation zur Teilnahme an einer anspruchsvollen Diskussion der öffentlichen Fragen verfügt. Kritisches Urteilsvermögen und ethisch begründete Verantwortungsbereitschaft in unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung sind eine notwendige Ergänzung, kein Gegensatz. Der Flucht in Zukunftsutopien entspricht zumeist das Versagen vor den konkreten eigenen Lebensproblemen und den praktischen Aufgaben des öffentlichen Lebens.

3. Zunehmende Qualität in Ausbildung, beruflicher Leistung und politischem Urteilsvermögen werden in Verbindung mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt die wirtschaftliche Kraft und den Handlungsspielraum weiter erheblich steigern können. Voraussetzung ist, daß eine ständige kurzfristige Überforderung der wirtschaftlichen Ressourcen im Verteilungskampf der sozialen Gruppen vermieden wird und durch mehr Geldwertstabilität tatsächlich wachsende Mittel für die öffentlichen Aufgaben zur Verfügung stehen. Auf dieser Grundlage lassen sich Konzeptionen für eine realistische Reformpolitik entwickeln, die der Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen und damit wirklicher Hilfen für die Selbstentfaltung der Menschen dienen. Eine Vielfalt ungeprüfter leichtfertiger Versprechungen ohne Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und finanziellen Mittel diskreditiert den Reformgedanken und führt zum Radikalismus oder zur Resignation. Hierin liegt einer der gefährlichen Fehlansätze in der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung.

Wenn wir praktische Reformen in der Bundesrepublik Deutschland verwirklichen wollen, muß zunächst die verlorengegangene Übereinstimmung der Ziele und Mittel wiederhergestellt werden.

4. Humane Existenz ist auf Verständigung, auf Kommunikation, angewiesen. Verständigung — das Gespräch mit den anderen — er-

fordert nicht nur eine gemeinsame Sprache, sondern auch Übereinstimmung in Grundfragen des Verhaltens- und Wertsystems einer Sozialordnung.

Die Verhaltensforschung hat alte Einsichten verdeutlicht und vertieft: Die Selbstentfaltung und -behauptung des Menschen bedarf der Förderung und des Schutzes in Gruppen und Institutionen. Die Rolle der Familie, der beruflichen Zusammenarbeit, die Regeln der Kirchen, der gesellschaftlichen Gruppen und des Verfassungsstaates sind im einzelnen im Wandel begriffen. Wer diese und andere Institutionen jedoch abschaffen oder funktionsunfähig machen will, löst für viele Menschen eine schwere Existenzkrise aus. Nicht in der Beseitigung der Institutionen, sondern ihrer lebendigen Fortentwicklung liegt die wesentliche Voraussetzung für humanen und sozialen Fortschritt.

Die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit dieses relativen Fortschritts ist klar zu bejahen. Aber es gibt hier weder absolute Gesetzmäßigkeiten noch gesicherte Errungenschaften.

Jeder einzelne Mensch, jede Generation macht einen neuen Anfang. Stets ist das Vorgefundene und Erreichte wieder infrage gestellt, wenn es nicht bejaht und auf die Zukunft hin dynamisch weiterentwickelt werden kann. Hierin liegt die unaufgebbare Gefährdung menschlichen und sozialen Lebens, zugleich aber auch die Chance für persönliche Verantwortung und individuelle Freiheit.

(Schlußteil des Vortrages „Fortschritt — Chance und Gefährdung des Menschen“, den Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg in Pforzheim hielt.)

Leser- Briefe

Die hier geäußerten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Redaktion überein.

Zum Problem des Rassismus

Es ist zu begrüßen, daß die „Evangelische Verantwortung“ in Nr. 11 das Problem des Rassismus zur Diskussion gestellt hat. Daß der so betitelte Beitrag von Kurt J. Lauk widerspruchlos hingenommen würde, konnte schwerlich erwartet werden. Lauk geht davon aus, daß die europäischen Nationen ihre in den Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 erkämpften Freiheitsrechte als ihre Vorrechte den — ich zitiere — „Menschen anderer Hautfarbe als Menschen minderer Qualität“ vorenthalten hätten. „Die Folge war“, so Lauk, „die Unterdrückung der schwarzen und andersfarbigen Rassen... Für ihre Andersartigkeit mußten sie büßen, mußten sie leiden und Verfolgung auf sich nehmen. So Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland während des dritten Reiches. So die Schwarzen in den Südstaaten der USA, in Südafrika, in Rhodesien, in Mozambique und Angola...“ „Auch die Religion bzw. die Mission hatte so oftmals in den Augen dieser Völker die Funktion der Legitimation der Herrschaft der Weißen.“

Das erwachende Selbstbewußtsein der jungen Völker habe dann zwar zu ihrer Entlassung aus dem kolonialen Status geführt, aber gleichzeitig zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten. „Dies ist“ — nach Lauk — „eine Folge ihres jahrzehntelangen kolonialen Status, denn es lag nicht im Interesse der Kolonialmächte, ihre Kolonien allseitig und zur Selbständigkeit hin zu entwickeln, sondern meist nur im Hinblick auf ihren eigenen Bedarf (z. B. Indien als Gewürzlieferant für England).“

So vorbereitend fragt Lauk dann: „Wie können wir uns heute anmaßen, für Gewaltlosigkeit zu plädieren, wenn sich Gewalt gegen den Zustand richtet, den Kolonialmächte selbst mit Gewalt geschaffen haben.“ — Damit ist er dann am Ziel seines Plädoyers, nämlich dem, daß der Arnoldshainer Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen, der 1971 in Addis Abeba vom Zentralausschuß gebilligt wurde, gerechtfertigt sei, der Beschluß, mit Kirchensteuergeldern die sogenannten Befreiungsfronten im südlichen Afrika zu unterstützen.

Es wäre zuviel verlangt, dieses ganze konfuse Geflecht demagogischer Geschichtsklitterei zu entwirren. Einige Anmerkungen mögen genügen. Lassen wir die undifferenzierte Kurzfassung der innenpolitischen Entwicklungen seit 1789 beiseite. Aber die Ineinset-

15. Deutscher Evangelischer Kirchentag 4. bis 8. Juli 1973 Düsseldorf

zung der Judenverfolgungen mit der Lage der Farbigen in den USA, der Neger in afrikanischen Kolonien oder der Inder ist einfach schlimm. Der Verfasser scheint keine Ahnung von der früheren Situation der jüdischen Bürger in den protestantischen Ländern, in Großbritannien, den USA, den Niederlanden und im Wilhelminischen Deutschland zu haben. Es war doch gerade der wirtschaftliche, kulturelle und politische Einflußreichtum der jüdischen Bevölkerung, der die Neidinstinkte breiter Massen im nationalsozialistischen Antisemitismus anheizte und explodieren ließ. Anders war es vielleicht bei den Judenpogromen in Rußland und Polen, aber von denen nimmt der Autor überhaupt keine Notiz.

Und wie verhält es sich mit dem Kolonialismus? — Für ihn gilt doch die Tatsache, daß die Flagge dem

Handel erst gefolgt ist und nicht umgekehrt der staatlichen Kolonialherrschaft die wirtschaftliche Ausnutzung. Der Gewürzhandel blühte bereits Jahrhunderte, ehe Großbritannien in Indien Verantwortung übernahm. Und diese Gewürzhändler profitierten sicherlich nicht so sehr von der Ausbeutung ihrer indischen Lieferanten als vielmehr von der Ausbeutung wohlhabender Europäer, denen sie für die in Europa raren Gewürze Überpreise abknöpften. Wie denn überhaupt zu fragen ist, ob es als Ausbeutung diffamiert werden darf, wenn der Handel den Produkten eines Landes neue lukrative Absatzmärkte erschließt!

Und weiter zu der Behauptung, daß die Afrikaner seitens der Kolonialmächte Leiden und Verfolgungen auf sich nehmen mußten. Wer organisierte denn die grausamen Sklavenjagden in Schwarzafrika und den gesamten Sklavenhandel? Das waren doch nicht die Weißen — das waren doch die Araber! Es war gerade das Verdienst der Kolonialmächte, daß sie diesem erbarmungslosen Gewerbe das Handwerk legten. — Das leichtfertig einseitige Urteil über die immerhin jahrhundertalte Mission und ihre Geltung bei den Negern mag der Verfasser vor sich selbst verantworten. Meine eigenen Beobachtungen in Togo und Nigeria sahen anders aus.

Wenn man sachlich korrekt von Leiden und Verfolgungen der Schwarzen in Afrika spricht, dann darf man nicht an den Massenmorden im Sudan, im Kongo, in Biafra, in Guinea vorbeisehen. Wo waren denn da — von Agenten Moskaus und Pekings und von Waffenhändlern abgesehen — die westlichen Völker beteiligt? Liefern nicht gerade die jüngsten Ereignisse in Bengalen ein entsetzliches Zeugnis des Blutrausches von Farbigen an ihresgleichen?

Auch die sogenannten Befreiungsfronten im südlichen Afrika, zu deren Anwalt sich Lauk macht,

denen er das Recht auf Gewaltausübung zuspricht und zu deren Gunsten nach dem Beschluß von Addis Abeba evangelische Kirchensteuergelder zweckentfremdet werden, begehen nachgewiesenermaßen als Guerillas Mord- und Greuelthaten ohne Unterschied der Rasse an Nichtweißen wie an Weißen. Wo die „Befreiung“ aufhört und die Machtergreifung beginnt, darüber sollte es heutzutage wirklich keine Illusionen mehr geben.

Wenn sich der einzelne Christ für die Beteiligung an revolutionären Bewegungen entscheidet, blutige Gewalt gutheißt und finanziell dabei mithelfen will, so ist das seine Sache, die er selbst zu verantworten hat. Wenn aber eine Kirche stellvertretend für ihre Glieder ihren Gläubigen eine solche Entscheidung abnimmt oder aufzwingt, so bleibt die Frage berechtigt, ob sie nicht damit die ihr anvertrauten Formalrechte politisch mißbraucht.

Dr. Alfred Gramsch, 29 Oldenburg
Philosophenweg 32

Ihr Artikel „Zum Problem Rassismus“ kann nicht im ganzen unwidersprochen hingenommen werden.

Herr K. J. Lauk schreibt unter anderem:

„Denn auf der einen Seite sind wir sofort bereit, unsere Freiheit mit Waffengewalt zu verteidigen, auf der anderen Seite fordern wir Gewaltlosigkeit, wenn Schwarze in Südafrika, in Angola und Mozambique zu ihrer eigenen Befreiung von rassischer Herrschaft zu Mitteln der Gewalt greifen.“

Dies nennt Herr Lauk dann inkonsequent.

Zunächst einmal wäre ich froh, wenn wir wirklich alle bereit wären, unsere Freiheit notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen. Ich habe nicht den Eindruck. Es ist aber doch wohl ein Unterschied, ob ich

selbst meine Freiheit verteidige oder ob ich mich in einen bürgerkriegsähnlichen Kampf in einem anderen Land direkt einmische.

Nun heißt es, es handele sich ja nur um „Humanitäre Hilfe“. Ich kann das nicht verstehen. Wer einer von zwei kämpfenden Parteien Brot gibt, kann dieser auch gleich Waffen liefern. Das Brot, das sie von uns bekommen, brauchen sie nicht zu kaufen und können statt dessen Waffen kaufen, am Ende ist es dasselbe Ergebnis. Wir unterstützen hier direkt eine Seite in

Losung des Kirchentages 1973:

„Nicht vom Brot allein“

einem Kampf, den wir letztlich gar nicht recht beurteilen können, bzw. den wir mit unseren Vorstellungen vom Leben beurteilen, die nicht immer für das betroffene Land passen. Ich meine, dies ist Einmischung in wirklich unzulässiger Weise.

Warum haben die USA so viel Mißerfolg bei ihrer Entwicklungshilfe gehabt? Weil sie, zumindestens am Anfang, immer gleichzeitig glaubten, den Menschen dort, wo sie helfen wollten, auch ihre Auffassungen vom Leben und ihre demokratischen Ordnungen aufdrücken zu müssen, sie wollten die Leute zu einem „Glück“ zwingen, das diese oftmals gar nicht wollten und das sie auch oftmals noch gar nicht in der Lage waren zu nutzen, weil es gar nicht zu ihrer Mentalität, zu ihren Traditionen und zu ihren Lebensgewohnheiten paßte.

Ich kann nicht verstehen, weshalb gerade dieselben Menschen, die hier absolute Pazifisten sind, dort auf einmal die Gewalt unterstützen und den Aufruhr fordern.

Dieselben Menschen sind meistens zu allen Konzessionen und Gesprächen mit den Machthabern im Osten bereit, obgleich diese einen bestimmt nicht weniger harten Terror gegen ihre Untertanen vollziehen als die Weißen in Südafrika, die jeden auswandern las-

sen, der nicht dort leben will. Wer kann das in den Staaten des Ostblocks?

Wo bleibt die Unterstützung des Freiheitskampfes der Menschen im Osten? Nach Ungarn und nach den Terrorakten in der Tschechei verhalte die Empörung sehr schnell – vielleicht zu schnell. Aber hier, meinen wir, müssen wir uns einmischen – hier ist es ja auch nicht mit einem Risiko für uns verbunden.

Nein, wir sollten helfen in der sogenannten Dritten Welt, wo wir können, ohne zu fragen, was uns das einbringt, aber Unterstützung des Aufruhrs, der Gewalt und des Mordes – das kann, das darf nicht unsere Aufgabe sein.

Dierk-Wilfried Moser,
3251 Groß-Berkel

Aus unserer Arbeit

Gespräche mit der evangelischen Landesjugend- kammer

Der jugendpolitische Ausschuß der Jugendkammer der evangelischen Landeskirchen im Rheinland und von Westfalen traf in Köln mit dem Evangelischen Arbeitskreis der rheinischen Jungen Union zu einem Informationsgespräch zusammen. Im Mittelpunkt dieses Treffens – ein erstes Gespräch dieser Art hatte 1971 stattgefunden – standen Fragen der Mitbestimmung in Betrieb und Hochschulen sowie die Problematik des Paragraphen 218. Landesjugendpfarrer Jürgen Schroer (Düsseldorf) erklärte gegenüber dem epd, daß durch diese Gespräche die Suche nach einer gemeinsamen Basis für die Aufgaben im Staat erleichtert werden sollen. Wie der Sprecher des Evangelischen Arbeitskreises der rheinischen Jungen Union, Dr. Peter Egen, mitteilte, wird ein drittes Gespräch nach der Sommerpause stattfinden.

Helga Wex kritisiert Entwurf für Reform des § 218

Scharfe Kritik hat die stellvertretende CDU-Vorsitzende Dr. Helga Wex an dem Regierungsentwurf für eine Reform des Abtreibungsparagraphen 218 geübt.

In einem Kommentar zu der Regierungsvorlage schreibt Frau Wex, die Regierung habe mit ihrer Entscheidung für die Neufassung des Paragraphen 218 die bisherige Diskussionsgrundlage verlassen, indem sie „als vierte Indikation die Indikation der allgemeinen Notlage erfand“.

Vor die Entscheidung gestellt, die Abtreibung bis zum dritten Schwangerschaftsmonat zu legalisieren oder einem engen, auf den Schutz des ungeborenen Lebens zugeschnittenen Indikationskatalog zuzustimmen, sei die Bundesregierung auf einen „genialen“ Ausweg verfallen, meint die CDU-Politikerin. Um es der Mehrzahl der Bürger und der Betroffenen recht zu machen, habe sie einen diskussionswürdigen Indikationskatalog vorgelegt, der die Ausnahmen von der Regel des Verbots der Abtreibung genau vorzähle. Aber da sie es auch mit den Anhängern der Fristenlösung nicht verderben wollte, habe sie ihnen mit der Hinzufügung einer vierten Indikation nachgegeben und damit die Ausnahme zur Regel erhoben.

Deshalb sei zu fragen, meint Frau Wex, aus welchen Gründen bei einer so allgemein gehaltenen Regelung noch an den drei anderen Indikationen (medizinische, ethische und eugenische Indikation) festgehalten werde. Sie seien in dieser neuen Generalklausel enthalten. Wörtlich schreibt Helga Wex: „Wenn die Bundesregierung der Meinung ist, daß noch nicht geborenes Leben auch in den ersten drei Monaten Schutz genießen muß, so ist die von ihr getroffene Entscheidung unverständlich und muß revidiert werden.“

Unbefriedigend ist nach Ansicht der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden auch der von der Bundesregierung angekündigte Katalog von „flankierenden Maßnahmen“. In diesem Zusammenhang müßten

vielmehr andere gesellschafts- und sozialpolitische Fragen angefaßt werden. Helga Wex nennt unter anderem: bessere Sexualerziehung, Verbesserung der materiellen Situation kinderreicher Familien, vermehrtes Angebot kinderfreundlicher Wohnungen, verstärkter Bau von Kindergärten, Kindertagesstätten und Spielplätzen, Verbesserung der Erholungsmöglichkeiten für Mütter, Bereitstellung von Halbeitarbeitsplätzen, Änderung des schwerfälligen Adoptionsrechts, kostenlose psychologische und medizinische Betreuung vor allem lediger Mütter und Förderung von Familienberatungsstellen.

Kirchen wollen von Steuerreform nicht profitieren

Für eine Beibehaltung der Lohn- und Einkommensteuerschuld als Grundlage der Berechnung für die Kirchensteuer haben sich Vertreter der Kirchen ausgesprochen. Keinesfalls wollten sie von der geplanten Steuerreform profitieren.

In einem kürzlichen Hearing des Bundesfinanzministeriums in Bad Godesberg wiesen sie darauf hin, daß die in der Steuerreform geplante direkte Zahlung des Kindergeldes einen Wegfall der bisherigen Kinderfreibeträge bedeute. Damit erhöhe sich die Lohn- und Einkommensteuer, die die Basis der Kirchensteuerberechnung ist. Infolgedessen könne eine soziale Staffelung nach der Kinderzahl nicht mehr berücksichtigt werden. So werde die Kirchensteuer „ausgesprochen unsozial“, weil sie eine „eklatante Schlechterstellung“ der Familien mit Kindern bedeute.

Mit Nachdruck setzen sich deshalb die Kirchen dafür ein, daß bei der Bemessung der Kirchensteuerschuld auch in Zukunft der Gesichtspunkt des Familienlastenausgleichs, insbesondere der Kinderzahl, berücksichtigt wird.

Ob und inwieweit dies zu einer Minderung des Kirchensteueraufkommens führen könnte, müsse noch geprüft werden. Die Kirchen halten Mindereinnahmen gegebenenfalls für vertretbarer als die aufgrund des Gesetzesentwurfs genannten Kirchensteuermehreinnahmen von jährlich etwa 800 Millionen DM. Eventuell müßte der Staat im Zusammenwirken mit den Kirchen ein Instrumentarium für eine familien-

gerechte Gestaltung der Kirchensteuer bereitstellen. Dabei müsse darauf geachtet werden, daß weder den Arbeitgebern noch der Finanzverwaltung Mehrarbeit und damit Mehrkosten aufgebürdet würden.

Bedenken zur Ostpolitik

Vor der Lauenburgischen Synode erklärte Landessuperintendent Prof. Dr. Heubach in einem Bericht zur kirchlichen und politischen Lage u. a.: Nicht nur mit Zustimmung, sondern als Kirche auch mit ernster Sorge sehen wir die mit der Regierung der DDR getroffenen Vereinbarungen an. Es könnte sein, daß in der Öffentlichkeit dadurch ein Tatbestand verschleiert wird und aus dem Blick kommt, der seiner Schwere für uns Christen eine fast hilflose Mitverantwortung abfordert. Denn drüben im anderen Teil unseres Vaterlandes ist der weltanschauliche Kurs, der sich besonders in der Bedrückung der Gewissen zeigt, mindestens seit dem VIII. Parteitag der SED im Herbst letzten Jahres immer härter geworden. Wie aus mir vorliegenden Dokumenten eindeutig hervorgeht, nimmt die Erziehung der Jugend zum Hassen Formen an, die ein vom Worte Gottes her gebundenes Gewissen niemals mitmachen kann. Wer Haß lehrt und diesen giftigen Samen des Hasses sät, ist gleichzeitig ein ungläubwürdiger Partner, auch wenn er laufend Entspannung fordert. Und wer seine eigene Verfassung derart mißachtet, daß er jungen Christen ihres Glaubens wegen von den allen geltenden gleichen Berufschancen ausschließt, indem er das Abitur und das Universitätsstudium jungen Christen versagt, ist auch in anderen Vertragsbeziehungen wohl kaum ein verlässlicher Vertragspartner. Wer einigen Einblick in die kirchlichen Verhältnisse in den östlichen Landeskirchen hat, kann nur mit großer Sorge die dortige Entwicklung verfolgen.

Aus den Tagungsprogrammen der Evangelischen Akademien

Das ausführliche Programm und weitere Tagungsunterlagen fordern Sie bitte direkt bei den jeweiligen Akademien an:

Evangelische Akademie Rheinland und Westfalen 433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29

20./21. April 1972

Die Stellung der Sonderschule in der gegenwärtigen und zukünftigen Bildungsplanung

25./26. April 1972

Informationen zu Fragen unserer Zeit

Tagung mit Ehefrauen von Beamten, Angestellten und Unternehmern

Evangelische Akademie Tutzing, 8132 Tutzing, Schloß

21.–23. April 1972

Wiederentdeckung der Transzendenz

Gemeinsame Tagung mit der kath. Akademie in Bayern

Tagungsort: Kath. Akademie, München

28.–30. April 1972

Funk und Fernsehen im politischen Interessenfeld

5.–7. Mai 1972

Demokratisierung ohne Ende

Tagungsort: Alexandersbad

Evangelische Akademie der Pfalz, 672 Speyer, Gr. Himmels-gasse 6

22./23. April 1972

Politische und menschliche Probleme im südlichen Afrika

Tagungsort:

Bad Dürkheim-Seebach

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein, 236 Bad Segeberg, Marlenstr. 31

21.–23. April 1972

Neue Aufgaben für unsere Kindergärten

21.–23. April 1972

Die Volksrepublik China nach der Kulturrevolution

Tagung für junge Erwachsene

Evangelische Akademie Baden, 75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

2.–4. Mai 1972

Curricula für Erwachsenenbildner
Tagungsort: Bad Herrenalb

8.–10. Mai 1972

Einführung in die Arbeit mit selbst-tätigen Gruppen

Tagung für Erwachsenenbildner
Tagungsort: Bad Herrenalb

Zum Kirchentag 1973

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat sechs Einzelthemen zur Behandlung in den entsprechenden Arbeitskreisen vorgeschlagen:

1. Worauf ist Verlaß?
(Glauben)
2. Privater Wohlstand – Öffentliche Verarmung
(Politik und Gesellschaft)
3. Leben ist anders
(Der einzelne)
4. Gefeierte Versöhnung
(Gottesdienst)

5. Ökumenisch leben
(Kirche)

6. Keine Einbahnstraßen
(Mission und Entwicklung)

Gleichzeitig werden interessierte Gruppen in Kirche und Gesellschaft eingeladen, bei der Vorbereitung und Durchführung der thematischen Sacharbeit des Kirchentages 1973 mitzuwirken. Sie sollen im Verlauf des Vorbereitungsprozesses die erforderlichen Arbeitsgruppenleitungen bilden, die dann als Kirchentags-gremien auf Zeit im Rahmen ihrer Aufgabe Mitverantwortung für diesen Kirchentag übernehmen.

Auf Grund dieser Öffnung des Kirchentages ist es vielen Gruppierungen innerhalb unserer Gesellschaft möglich, durch Beiträge an den einzelnen Diskussionsthemen mitzuwirken.

Das hierfür vorgesehene Verfahren ist in den Ausschreibungsbedingungen niedergelegt, die vom Büro des **Deutschen Evangelischen Kirchentages, 6400 Fulda, Magdeburger Straße 59**, angefordert werden können.

Von besonderer Bedeutung ist der Meldeschluß: Bis zum **15. Mai 1972** müssen die von den einzelnen Gruppen ausgearbeiteten Unterlagen in Fulda vorliegen.